

WB-01



Astrid Rothe-Beinlich
Luisenstraße 22, 99092 Erfurt
astrid.rothe-beinlich@gruene.de
www.rothe-beinlich.de

Bewerbung als Mitglied des Bundesvorstandes und Frauenpolitische Sprecherin von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Liebe Freundinnen und Freunde,

vor uns liegt ein in vielerlei Hinsicht spannendes Jahr. Nicht nur die Bundestags- und die Europawahl stehen an, sondern auch die Herausforderung, endlich den Sprung in die Landtage von Thüringen und Brandenburg, den Wiedereinzug als eigenständige und profilierte BÜNDNISGRÜNE in Sachsen zu schaffen, sowie aus den 8 anstehenden Kommunalwahlen gestärkt hervorzugehen. 2009 blicken wir zudem auf 20 Jahre politische Wende zurück und müssen uns fragen, welche Rolle wir, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN künftig im bunten gewordenen Parteiensystem wahrnehmen, wie wir uns selbst definieren und vor allem, was unsere originären Alleinstellungsmerkmale, unser Selbstverständnis und unsere Inhalte sind.

Ich verstehe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nach wie vor als DIE Alternative im Parteiensystem, als Teil der BürgerInnenbewegung - damals wie heute. Mein Ziel ist es, dass wir uns ganzheitlich und konsequent für ein von wirklicher Nachhaltigkeit geprägtes Zukunftsszenario stark machen.

Die Menschen spüren die Spaltung, die Ungerechtigkeit und auch die Folgen des Klimawandels sowie eine Politik der Ungleichheit aller Ortens und wir, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, sind hier die einzige glaubwürdige Alternative.

Wenn 50 Jahre nach Abschluss der Römischen Verträge die Lohnungleichheit zwischen Frauen und Männern bei gleichwertiger Arbeit in Deutschland im Schnitt nach wie vor 24% beträgt, wenn die Eigenständige Existenzsicherung von Frauen noch immer nicht Selbstverständlichkeit ist, wenn unser Sozialversicherungs- und Steuersystem nach wie vor von abgeleiteten Ansprüchen ausgeht, dann liegt etwas im Argen in unserem Land. Und wer wenn nicht wir macht sich dies zum Herzensanliegen und setzt dies endlich ganz oben auf die Agenda. Auf unserer Bundesfrauenkonferenz in Nürnberg im September haben wir unsere Konzepte zur Diskussion gestellt und ist deutlich geworden: Frauenpolitik ist grünes Markenzeichen und damit können, wollen und werden wir dieses Land verändern - wenn wir uns ernsthaft dafür verwenden.

Kinderarmut ist ein Skandal - mehr als 2 Millionen unter 15 Jahren Kinder zählen als arm. Überdurchschnittlich häufig sind davon Kinder und deren alleinerziehende Mütter betroffen. Armut macht krank, grenzt aus und verwehrt Teilhabe. In keinem europäischen Land ist die soziale Herkunft derart entscheidend für den Bildungserfolg wie in Deutschland. Diese schreiende Ungerechtigkeit beim Zugang zu Bildung - der Gerechtigkeitsfrage des 21. Jahrhunderts - muss endlich beendet werden.

WB-01

Die Regelsätze für Menschen, die auf staatliche Transferleistungen angewiesen sind, sind weder armutsfest noch decken sie das soziokulturelle Existenzminimum. Hinzu kommt die für viele als entwürdigend empfundene Antragspraxis und der Umgang mit den Betroffenen. Wir wollen eine Politik auf Augenhöhe und dazu gehört, zu Fehlern zu stehen und den Menschen ihre Würde zurückzugeben. Die Anhebung der Regelsätze ist überfällig, ebenso der eigenständige bedarfsdeckende Regelsatz für Kinder sowie der Rechtsanspruch auf Bildung von Anfang an und lebenslang. Existenzsicherung und Teilhabe gehören für uns zusammen. Eine Gesellschaft muss sich immer daran messen lassen, wie sie mit ihren Schwächsten umgeht. Starke Schultern können und müssen mehr tragen und dies gehört ebenfalls in den Blickpunkt. Die Forderung, dass Menschen von ihrem Einkommen auch leben können müssen, ist zentral und führt unweigerlich zur Forderung nach Mindestlöhnen, die wir ernsthaft und mit Nachdruck vertreten sollten.

Die BürgerInnenversicherung als eine für alle ist nicht erst seit der Diskussion um den Gesundheitsfond die mögliche und gerechte Alternative für unser Gesundheitswesen, für die wir lange gestritten haben und für die wir auch wieder kämpfen sollten.

Auch der Umgang mit Menschen, die aus unterschiedlichsten Gründen zu uns gekommen sind und deren Aufenthaltsstatus nicht oder nur übergangsweise geklärt ist, gehört wieder auf die Tagesordnung! Gleiche Rechte - auch beim Zugang zu Bildung und Teilhabe - für alle ist eine alte Forderung von Menschenrechts- und Flüchtlingsorganisationen, die ich ohne wenn und aber teile.

Zu Bildung gehört auch Demokratiebildung - beispielsweise um die demokratische Abwehrkräfte gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus zu stärken. Nicht nur im Osten Deutschlands sind Rechtsextreme zur ernsthaften Bedrohung unserer Gemeinwesen und der Demokratie geworden. Keine falsche Toleranz gegen Nazis lautet das Gebot der Stunde. Und: auch Frauen sind in der Naziszene aktiv. Wir müssen immer und immer wieder Gesicht zeigen, Farbe bekennen und für bunte Vielfalt statt brauner Einfalt streiten - im Bündnis mit unterschiedlichsten VertreterInnen aus Kultur, Sport, Politik, Kirchen, Gewerkschaften, von NGOS....

Friedenspolitik hat uns schon immer um- und angetrieben. Ich bin keineswegs eine „pazifistische Träumerin“ und treibe bestimmt niemanden in die Arme der Linkspartei. Aber ich kann, will und werde mich nicht einer scheinbaren Logik des Militärischen unterwerfen und ich meine, dass uns BÜNDNISGRÜNE dies auch auszeichnet. Wir suchen nach Wegen zum Frieden, die verantwortbar und verantwortungsvoll zugleich sind. Die Situation in Afghanistan, wo asymmetrischer Krieg herrscht, ist furchtbar, hinzu kommt eine drohende Hungersnot. Gleichzeitig verlängert die Bundesregierung ein Mandat um 14 Monate - inklusive Tornados - aber ohne jegliche zivile Komponente oder erkennbaren Strategiewechsel - wie er von uns immer wieder eingefordert wurde. „Mit militärischen Mitteln sind Frieden und Entwicklung nicht zu erzwingen“, schrieb unlängst Thomas Gebauer von medico international. Unsere Beschlusslage von Göttingen war und ist wegweisend und dazu stehe ich.

Es gibt so vieles zu tun - auf dem Weg hin zu einer solidarischen und ökologisch - sozialen Gesellschaft, die „Gleichstellung - KEINE Frage!“ - ernst meint und auch über den eigenen Tellerrand schaut. Unsere Partei braucht neben unserer Bundestagsfraktion auch einen starken Bundesvorstand. Ich möchte dies gern - mit Eurer Unterstützung - anpacken bitte Euch um Eure Stimme und Euer Vertrauen.

Herzlichst Eure

Astrid Röhre - Beindich

WB-01

Biographisches

1973	in Leipzig geboren
1984	Umzug nach Erfurt
1992	Abitur
1994	Tochter Anna Josephine geboren
1995	Studium der Germanistik und Philosophie (Lehramt) an der Friedrich-Schiller-Universität Jena bis 2002

verheiratet, lebe mit meiner Familie in Erfurt

Politisches

1987	Beginn meines politischen Engagements in der kirchlichen Umweltgruppe der Oase in Erfurt
1988/89	Politische Arbeit zur letzten „DDR-Kommunalwahl“ am 7. Mai 1989
1989	Oktober/November: Gründung einer eigenständigen Jugendorganisation als Alternative zur FDJ Dezember: Mitbesetzung der Stasi-Zentrale in Erfurt, Bürgerwache
1991	Sprecherin des Anti-Golfkriegskomitees
1992-94	Mitarbeit in verschiedenen Initiativen und Projekten: Jugendwohnprojekt Johannesstraße, Kulturprojekt Mainzerhof, Radio F.R.E.I.
1995-99	berufene Bürgerin für die grüne Erfurter Stadtratsfraktion, seit Gründung Mitglied im Kriminalpräventiven Rat
1996	Mitbegründung des Thüringer Anti-Atom-Plenums
1997	Eintritt in BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, im März Wahl zur Beisitzerin für Innen- und Jugendpolitik in den Landesvorstand
1998-2000	Vom Landesausschuss des Deutschen Kirchentages zum Mitglied berufen, dort im Öffentlichkeitsausschuss
1999	Kandidatur zur Kommunal- und Landtagswahl, Miterarbeitung der jeweiligen Programme
2000	Wahl zur Landessprecherin der Thüringer Bündnisgrünen (Wiederwahl 2002, 2005 und jüngste Wiederwahl Dezember 2007) im Juni Wahl in den Parteirat auf Bundesebene, 2002 Wiederwahl bis 2004
2004	Wahl in die Mitgliederversammlung der HBS auf Bundesebene, Wiederwahl 2008
2004	Spitzenkandidatin zur Landtagswahl, Wahl in den Erfurter Stadtrat (bis Ende 2006)
2005	Direktkandidatin zur Bundestagswahl im WK Gotha/Ilmkreis
2004-2007	Mitglied im UnterstützerInnenkreis des Kirchenasyls in Erfurt
2006	seit Dezember Mitglied im Bundesvorstand von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Frauenpolitische Sprecherin der Bundespartei
2008	Wahl zur Spitzenkandidatin für die Landtagswahl 2009 in Thüringen

Weiterhin:

- Mitglied im Thüringer Flüchtlingsrat, von mobit, DAKT, dem Verein Kulturinitiative Thüringen und Ökoherz
- Mitarbeit in der Kinderkommission sowie der Programmkommission unseres Bundesverbandes zur Bundestagswahl 2005 und 2009
- Mitglied der Kommission zur „Zukunft der sozialen Sicherung“, der Rechtsextremismuskommission und bei Gendergrün
- aktiv im Förderverein des Evangelischen Ratsgymnasiums Erfurt und im Förderverein zum Gedenkort Topf und Söhne Erfurt